**Zur Kritik an der medialen und politischen Behandlung der Corona-Krise**

* **Eine Replik auf die Bedenken von Uly Paya**

*Theo Rauch, 22.3.2020*

Die Dominanz von Corona in den Medien und die nahezu einhellig befürwortende Berichterstattung der drastischen Restriktionen mit ihren gravierenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen weckt mittlerweile (noch ziemlich vereinzelte) Zweifel an der Angemessenheit und Legitimität der Maßnahmen.

Die Kritik Uly Payas bezieht sich auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel, auf den macht- und interessengesteuerten Diskurs und auf die Gefahren für die Demokratie. Unterlegt werden die Bedenken durch einen Fakten-Check.

**Zur Frage der Verhältnismäßigkeit der Mittel**

Diese Frage erscheint auch mir von entscheidender Bedeutung für die Legitimität und Sinnhaftigkeit staatlicher Interventionen. Sie stellt sich natürlich umso mehr, je mehr diese Interventionen in grundlegende Freiheitsrechte der Bürger eingreifen und dramatische wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen haben. Verhältnismäßigkeit von Mitteln ist zum einen eine Frage der Fakten über Relationen (bzw. Annahmen bzgl. zukünftiger Fakten bzgl. Wirkungen und Folgen) und eine Frage der Wertigkeiten. Bei einer Pest mit einer Letalitätsquote von 50 % in allen Bevölkerungsgruppen nehmen wir es wohl gerne in Kauf, für ein Monat auf öffentliche Vergnügungen zu verzichten. Bei einem Corona-Virus mit einer Letalitätsquote von 1 %, weitgehend beschränkt auf Bevölkerungsgruppen, die ohnehin schon den größten Teil ihres Lebens hinter sich haben, fragen wir nicht ganz zu Unrecht, ob wir dafür einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen und Existenzbedrohten um das 5-fache in Kauf nehmen. Dabei spielen nicht nur die genannten Zahlen eine Rolle, sondern – zum andern - auch die relative Wertigkeit von Mitteln und Zwecken. Menschenleben (differenziert nach Alter und Geschlecht?) versus Freiheit und Verlust materieller Existenzgrundlagen. Darüber könnte und müsste man lange streiten (und tut dies ja auch seit Jahrtausenden). Wozu man aber im Fall einer Epidemie keine Zeit hat. Da kann allein der Zeitbedarf des demokratischen Streits die Entscheidung zulasten der Opfer der Epidemie entscheiden (dazu komme ich noch unter dem Stichwort „Dilemmata“).

Ich halte ***im Fall Corona*** die Verhältnismäßigkeit der zu Beginn dieser Woche in Deutschland eingeführten Restriktionen (also ohne totale Ausgangssperre) für gegeben. Begründung: Ohne Restriktionen hätten wir in Dtl. bei einer Ausgangslage von 10.000 identifizierten Infizierten am 18.3., einer Verdoppelung innerhalb von 3 Tagen und einem Anteil von intensivbehandlungsbedürftigen von 10% bereits am 17.4. etwa 500.000 intensivbehandlungsbedürftige Patienten bei derzeit 28.000 verfügbaren Behandlungsplätzen. Wenn wir davon ausgehen, dass bei Behandlung die Sterberate bei ca. 10 % liegt (also 1 % der identifizierten Fälle), bei Nicht-Behandlung aber etwa 50% der „schweren Fälle“ sterben müssen, dann läge die Zahl derer, die mangels Behandlungsmöglichkeiten sterben müssen bei 200.000 bis 300.000 Menschen. 10x so viele wie bei der Grippeepidemie von 2017/18. Das aber, anders als bei der Grippeepidemie nicht als „Schicksal“ (nämlich trotz vorhandener Impfmöglichkeit und Behandlung), sondern aufgrund verweigerter Behandlungsmöglichkeiten. Das wäre dann nicht nur eine Katastrophe, sondern auch ein Skandal. Das wäre eine Erhöhung der Sterblichkeit um 25 bis 30%. Das käme etwa 1000 Flugzeugabstürzen in Deutschland innerhalb von 4 Wochen gleich. Und zwar solchen mit einem dem Staat anzulastenden Systemversagen[[1]](#footnote-1). Wenn das mit einer temporären Wirtschaftsrezession mit sozial abgefederter Einkommenslosigkeit und mit temporären Freiheitsbeschränkungen *vorbeugend* (!), d.h. nicht symptomkurierend, zu vermeiden ist, den erscheint mir das verhältnismäßig. Ich gehe dabei davon aus, dass keine demokratische Gesellschaft (und wahrscheinlich auch kaum eine Diktatur) solch eine Katastrophe durchstehen könnte. Wobei diesbezüglich die Folgenabschätzung ziemlich spekulativ ist.

Dabei muss man natürlich auch die Möglichkeiten und Kosten einer schnellen Ausweitung der Behandlungskapazitäten mit in Betracht ziehen. Nach allem, was ich dazu lese (bzgl. Lieferketten und Personalbedarf) scheint mir eine Verzehnfachung der Kapazitäten innerhalb eines Monats völlig illusorisch. Allerdings müsste man prüfen und debattieren, ob nicht die Kosten einer schnellen Ausweitung um (z.B.) 400% nicht leichter zu tragen wären, als eine Verlangsamung der Ausbreitungsgeschwindigkeit zur Anpassung an die vorhandenen Kapazitäten durch eine Verlängerung der Zeitspanne der Restriktionen auf ein ganzes Jahr.

Die andersartige Bewertung von Uly Paya ist also – zumindest teilweise – darauf zurückzuführen, dass er von den (in D und AU quantitativ unproblematischen) gegenwärtigen Infektions- und Sterbezahlen ausging und die Dynamik des exponentiellen Wachstums (Verdoppelung in 3 Tagen = Vertausendfachung in 30 Tagen) außer Acht ließ.

**Macht- und interessengesteuerte Risikowahrnehmung**

Auch hier teile ich Ulys Bedenken bzw. Infragestellungen grundsätzlich. Wir werden in unserer Wahrnehmung, unseren Ängsten, unserer Empörungsbereitschaft ganz massiv von Medien gesteuert. Das wurde durch die „sozialen“ Medien nicht besser. Und diese Medien sind durch Interessen mächtiger Gruppen beeinflusst. Seien es Politiker oder um Geltung und Aufträge kämpfende Fachleute und Organisationen. Als alter GIZler und Uni-Angehöriger kann ich da ein Lied von singen. Infragestellung von aktuellen Hypes ist folglich die gebotene Grundhaltung.

Für mich steht es außer Zweifel, dass sich im Coronafall Politiker als besonnene (in manchen Ländern auch als unbesonnene), entscheidungsstarke Macher profilieren wollen. Dass Epidemologen endlich ihre Stunde gekommen sehen, wo sie sich der Öffentlichkeit präsentieren (da träumt doch jeder Wissenschaftler von) und ihr Geschäftsfeld erweitern können. Dass Medien bei einem Thema, das jeden Tag was Neues bietet und das die Kunden so stark persönlich berührt geradezu euphorisch werden. Und dass als Ergebnis von alledem unsere Risikowahrnehmung sehr einseitig fokussiert wird. Insofern ist Misstrauen erstmal geboten.

Andererseits: Die Corona-Bekämpfung liegt nun nicht wirklich in Einklang mit den ansonsten vorherrschenden Interessen. Normalerweise sind ja schon die ökonomischen Interessen dominierender Branchen stärker als die des Geschäftsfelds Gesundheit. Und auch innerhalb dieses Geschäftsfelds gibt es profitablere Branchen als die der Freiräumung von Intensivstationen für Corona-Fälle. Andersrum: Was würden wir sagen, wenn das Finanzkapital oder die Automobilindustrie oder die Fußballindustrie sich durchsetzen würde mit dem Argument „Der Umsatz, die Erhaltung der Arbeitsplätze haben Vorrang, das Spiel muss weitergehen“? Auch gibt es für Politiker einfachere und populärere Aufgaben als Verzicht zu predigen. Insofern neige ich dazu (selbst bei von mir normalerweise nicht geschätzten Politikern) zu unterscheiden, ob einer sich durch hohle populistische Phrasen und Lügen profiliert oder durch vorausschauendes Handeln und besonnene Rhetorik.

Aufgrund meiner durch Skepsis motivierten eigenhändigen (rechnerischen) Auseinandersetzung mit den vorliegenden Daten bin ich bei Corona zu dem Schluss gekommen (siehe oben), dass es sich um ein reales und akutes Katastrophenrisiko handelt. Dass die Gefahr einer verharmlosenden Risikowahrnehmung derzeit größer ist als die Gefahr einer Übertreibung. Dass deshalb der zeitweilige volle Fokus auf dieses Risiko gerechtfertigt ist. Diese Einschätzung wird dadurch bestärkt, dass die Behandlung der negativen Folgewirkungen der Restriktionen ja bei uns keineswegs unbeachtet bleibt. Wobei es mir schon auch weh tut, dass die Billionen, die für wichtige öffentliche Zukunftsinvestitionen nicht locker gemacht wurden, nun für soziale Abfederungsmaßnahmen von Restriktionsgeschädigten drauf gehen. All die anderen Problemfelder werden bald wieder akut. Wir sollten da angesichts der aktuellen Vordringlichkeit der Katastrophenabwendung nicht eine Aufmerksamkeitskonkurrenz aufbauen.

**Risikowahrnehmungsmuster, Demokratie und Entscheidungsdilemmata**

Gesellschaftliche Risikowahrnehmungsmuster können in Konflikt geraten zu demokratischen Entscheidungsfindungsfindungsprozessen. Dieses Dilemma müssen Demokraten aushalten, wenn sie eine Diskreditierung der Demokratie als „zur Katastrophenvorbeugung unfähiges System“ vermeiden wollen. Ich sehe wie Uly die Gefahren von Notstandsregelungen für die Demokratie. Ich teile – zumindest bei den *derzeitigen* Regierungen in Deutschland, Österreich, Frankreich oder Italien den Verdacht auf Missbrauch nicht. Vielmehr sehe ich diese in einem echten Dilemma.

Wenn offensichtlich ist, dass keine Restriktionen zu einer Verdoppelung der Infektion in 3 Tagen, sprich zu einer Vertausendfachung in 30 Tagen führen und wenn angenommen werden kann, dass Restriktionen (zusammen mit Aufklärung) zu einer Senkung der Übertragungsgeschwindigkeit auf 20%, d.h. zu einer Verdoppelung in 15 Tagen und damit zu einer Vervierfachung in 30 Tagen und einer (bewältigbaren) Vervierundsechzigfachung in 3 Monaten führen, dann kommt es auf die Geschwindigkeit der Entscheidung an. Wenn aber nun zum Zeitpunkt der erforderlichen Entscheidung, die Mehrheit der Bevölkerung als wenig bedrohlich wahrnimmt (die Infizierten noch im Promillebereich, die Toten im niedrigen 2-stelligen Bereich) und wenn sich diese Wahrnehmung erst durch gegenwärtige Fakten und Fernsehbilder ändert, dann kommt diese Änderung zur Katastrophenvermeidung zu spät. Jeder Tag zählt bei derartigen dynamischen Prozessen. Verantwortungsvolle Politik muss in diesem Fall Handeln und gleichzeitig aufklären und begründen. Sie darf nicht warten, bis Aufklärung die Wahrnehmung geändert hat.

Das gilt auch für ***Wintersteins*** nachvollziehbare ***Klage über nationale Entscheidungen***. Diese sind einerseits beklagenswert, andererseits aber kaum vermeidlich. Wir haben bislang weder eine wirkliche europäische Demokratie, noch haben wir die dafür erforderlichen EU-Entscheidungsstrukturen (außer in der EZB!). Von der UN ganz zu schweigen. Der langsame, derzeit rückwärts gerichtete, Fortschritt hin zu internationaler Regulierung ist beklagenswert. Diesen am Fall Corona zu beklagen halte ich angesichts der dabei zu fällenden Entscheidungen für das falsche Feld. Welche europäische oder gar Weltregierung hätte die Legitimität und Kompetenz für die Schließung von Restaurants oder Schulen nach kurzen Krisensitzungen?

Bedenkenswert erscheint mir der Unterschied zur Klimapolitik. Gemeinsam bzgl. Risikowahrnehmung haben die beiden Fälle ja, dass es sich um eine zum nötigen Zeitpunkt für eine präventive Entscheidungen noch nicht greifbare Gefahr handelt. In beiden Fällen soll man Einschränkungen in Kauf nehmen für Vermeidung einer Bedrohung, die „nur“ Wissenschaftler prognostizieren, die aber in ihren Ausmaßen noch nicht fühlbar und auch nur mit Unsicherheitsmargen nachweisbar ist. Warum sind im Coronafall drastische Einschränkungen ohne lange Debatten durchsetzbar und bei der Klimapolitik nicht? Warum setzen wir bei der Klimapolitik auf Internationalismus und bei Corona nicht? Das Ausmaß der zu erwartenden Katastrophe ist beim Klimawandel ja wohl noch größer (ich drücke mich da vorsichtig aus, weil die Wirkung von Corana auf Afrika mit seiner großen Verbreitung von Lungenerkrankungen ziemlich schlimm werden könnte). – Die Antwort ist offensichtlich: Die zu erwartenden Klimakatastrophen sind zeitlich und räumlich (obwohl auch hier und jetzt schon spürbar) wesentlich weiter weg: Die Hauptleidtragenden leben in den fernen Regionen des Globalen Südens. Und es handelt sich um einen schleichenden Prozess der Zunahme von tausend regionalen Einzelkatastrophen.

Bei Corona sind die Hauptleidtragenden unsere Omis und Opis und die Katastrophe scheint in wenigen Wochen bevorzustehen. Dazu kommt: Corona-Verzögerung wird zwar sehr teuer, ist aber mit wenigen administrativen Maßnahmen schnell lokal durchsetzbar. Klimapolitik erfordert eine grundlegende Transformation unserer Wirtschaft und auch unseres Lebensstils und macht nur Sinn bei weltweiter Koordination. – Damit will ich unsere Versäumnisse bei der Klimapolitik nicht entschuldigen. Es erklärt aber, warum Klimapolitik viel schwieriger durchzusetzen ist. Der Vergleich ist hilfreich zum Verständnis unseres gesellschaftlichen und politischen Umgangs mit Risiken, taugt aber nicht für Relativierung der Angemessenheit der Corona-Maßnahmen.

Mein Plädoyer: Lasst uns den Ernst der Lage erkennen und alles uns Mögliche zur Vermeidung einer katastrophalen Dynamik tun, auch wenn uns manche der Politiker, die uns das nahelegen zutiefst suspekt sind! Und auch, wenn andere drängende Probleme dadurch zeitweilig in den Hintergrund gedrängt werden.

Dir, Uly und Dir Günter, herzlichen Dank für den wichtigen Denk- und Diskussionsanstoß! Denn ohne Hinterfragung sollten wir uns auf gar nichts einlassen!

Herzliche Grüße in die Runde aus Berlin!

Theo

1. Das ist wäre was anderes als selbst gewählte Todesfälle durch Risikoverhalten (Rauchen, Kfz-Verkehr, falsches Essen) sowohl bzgl. Wahrnehmung als „Katastrophe“ als auch bzgl. Grad der staatlichen Verantwortung). [↑](#footnote-ref-1)